

Große Anfrage

der Abgeordneten Lattmann, Dr. Meinecke (Hamburg), Vogelsang, Thüsing, Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Schweitzer, Dr.-Ing. Laermann, Dr. Dr. h. c. Maihofer, Frau Schuchardt und der Fraktionen der SPD und FDP

Fragen zur Entwicklung des Hochschulbereichs

Die gegenwärtige Diskussion um Ausbau und Auslastung der Hochschulen wird durch zum Teil sehr widersprüchliche Aussagen bestimmt. Sie beruhen offensichtlich nicht nur auf unterschiedlichen Wertungen, sondern in erheblichem Umfang auch auf unzureichenden Informationen über den bisher erreichten Ausbaustand, das Ausmaß von Zulassungsbeschränkungen, auf Unklarheiten über geplante Ausbaumaßnahmen und auf außerordentlich widersprüchlichen Voraussagen sowohl über die Entwicklung der Studentenzahlen als auch über die Beschäftigungschancen von Hochschulabsolventen.

Die Bundesregierung hält mit den Ländern unter Hinweis auf die von ihr verfolgte Politik der Öffnung der Hochschulen zum Abbau des numerus clausus offenbar am Ausbauziel von 850 000 Studienplätzen fest. Von anderer Seite wird unter Hinweis auf die nachlassende Studienneigung und die schon jetzt unvollständige Auslastung einzelner Hochschuleinrichtungen der weitere Ausbau der Hochschulen in Frage gestellt.

Parlament und Bürger haben Anspruch auf eine ausführliche Information über die tatsächliche Entwicklung im Hochschulbereich insgesamt, in einzelnen Fächern und über die Einschätzung der Entwicklung in den 80er Jahren.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Wie haben sich Zahl und Struktur der Hochschulberechtigten und der Studienanfänger seit 1970 entwickelt?
2. Wie hat sich die Zahl der deutschen und ausländischen Studenten und der Absolventen in den einzelnen Hochschularten und Fachrichtungen seit 1970 entwickelt?

3. Wieviel Studienplätze wurden seit Inkrafttreten der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau geschaffen? Welche Mittel wurden hierfür eingesetzt? Wie verteilen sich die neu geschaffenen Studienplätze auf die wichtigsten Fächer und Fächergruppen? Wie wird die Studienplatznachfrage speziell in der Mathematik und den Ingenieur- und Naturwissenschaften bewertet?
4. Wie hat sich die regionale Verteilung des Studienplatzangebotes gegenüber 1970 verändert, und inwieweit ist das Ziel des regionalen Ausgleichs erreicht worden?

Welchen Anteil hieran haben die nach 1965 neugegründeten Hochschulen?
5. Welcher Anteil an den geschaffenen Studienplätzen und den finanziellen Aufwendungen entfällt auf die medizinischen Fächer, und welche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den Lehrkrankenhäusern zu?
6. Inwieweit treffen Informationen zu, daß aufgrund mangelnder Nachfrage die Kapazität einer Reihe von Hochschulen unzureichend genutzt wird?
7. Hat die Versorgung der Studenten mit Wohnraum mit dem Ausbau der Hochschulen Schritt gehalten? Welche Maßnahmen werden in Angriff genommen werden?
8. Inwieweit ist es gelungen, die 1976 auf Anregung der Bundesregierung beschlossene Öffnung der Hochschulen, d. h. den Abbau von Zulassungsbeschränkungen, zu verwirklichen?

Wie beurteilt die Bundesregierung die weitere Entwicklung? Kann die ZVS nach Auffassung der Bundesregierung in absehbarer Zeit abgeschafft werden?
9. Wie hat sich innerhalb des Bildungsbudgets der Anteil der Hochschulen im Vergleich zu anderen Bildungsbereichen seit 1970 entwickelt?

Wo wird künftig das finanzielle Schwergewicht des Bildungsbudgets liegen?
10. Die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in Studium, Forschung und Lehre hängt wesentlich von den Bedingungen ab, unter denen die Studenten, die Hochschullehrer und der wissenschaftliche Nachwuchs in den Hochschulen arbeiten können.
 - a) Wie hat sich der Bestand des wissenschaftlichen Personals seit 1970 entwickelt?

In welchem Umfang ist Personal aus Drittmitteln finanziert worden?

- b) Ist die Relation Hochschullehrer/Studenten seit 1970 verbessert worden, und wie ist die heutige Situation zu bewerten?
- c) Wie sind die Arbeitsbedingungen für die Hochschullehrer zu bewerten?
- d) Wie hat sich die staatliche Förderung der Hochschulforschung seit 1970 entwickelt?

Welche Schwerpunkte sind gesetzt worden?

11. Aufgrund der Angaben des Statistischen Bundesamtes ist davon auszugehen, daß in Kürze über eine Million Studenten die Hochschulen besuchen werden. Die Regierungen von Bund und Ländern haben darauf hingewiesen, daß durch steigende Studentenzahlen auch die Zahl der Hochschulabsolventen entsprechend ansteigt.

Es liegt die Befürchtung nahe, daß aus dieser Entwicklung weitere Belastungen für die Hochschulen und zusätzliche Arbeitsmarktprobleme entstehen können.

- a) Wie werden sich aus heutiger Sicht die Zahlen der Hochschulberechtigungen, der Studienanfänger und der deutschen und ausländischen Studenten bis 1990 voraussichtlich entwickeln?
- b) Gibt es Anzeichen dafür, daß der gegenwärtig zu beobachtende Studienverzicht in Zukunft weiter anhalten wird, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?

Wird ein etwaiger weiterer Studienverzicht eventuell ausgeglichen durch Maßnahmen, die neue, insbesondere berufserfahrene Bewerber zu den Hochschulen führen?
- c) Welche Maßnahmen zur Erweiterung und Erhaltung der Kapazitäten der Hochschulen sind nach der Rahmenplanung von Bund und Ländern für den Hochschulbau vorgesehen?
- d) Welcher Personalbedarf wird für die steigende Belastung der Hochschulen berechnet?

12. Ist zu befürchten, daß sich die hohen Studentenzahlen auf relativ wenige Hochschulen konzentrieren werden?

Welche Instrumente sieht die Bundesregierung, um einer übermäßigen Konzentration entgegenzuwirken, und wie beurteilt sie diese?

13. Welche inhaltlichen Fragen ergeben sich aus der erwarteten Entwicklung? Wie beurteilt die Bundesregierung unter Berücksichtigung der absehbaren quantitativen Entwicklung insbesondere die Chancen der Studienreform, die Aussichten des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie die künftige berufliche Situation der Hochschulabsolventen

überhaupt? Kann die Studienreform durch den angestrebten sogenannten Praxisbezug einen Beitrag zur Minderung der Berufseintrittsprobleme von Hochschulabsolventen leisten?

Bonn, den 8. Juli 1980

Lattmann
Dr. Meinecke (Hamburg)
Vogelsang
Thüsing
Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Schweitzer
Wehner und Fraktion

Dr.-Ing. Laermann
Dr. Dr. h. c. Maihofer
Frau Schuchardt
Mischnick und Fraktion